

# Mein Standpunkt

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

etwas über einhundert Tage ist die schwarz-gelbe Koalition alt. Die Bilanz fällt verheerend aus. Noch nie ist eine Bundesregierung so schlecht gestartet wie diese. Die Bürgerinnen und Bürger im Land spüren das. Die Zustimmung, insbesondere für die FDP, schwindet rasant. Statt sich zusammenzuraufen und sich den Problemen des Landes zu widmen, reagieren CDU, CSU und FDP panisch. Es vergeht kein Tag ohne Streit, keine Woche ohne Krisengipfel. Wir Sozialdemokraten hingegen stellen uns besonnen und konsequent neu auf. Wir treiben diese Regierung vor uns her.

Ganz besonders haben die Kommunen unter dieser Regierung zu leiden. Anfang Februar habe ich deshalb mit Hannelore Kraft in Düsseldorf einen Rettungsschirm für kommunale Finanzen vorgestellt.



Wir fordern von der Bundesregierung:

Als Sofortmaßnahme das Mehrwertsteuerprivileg auf Hotelübernachtungen zurückzunehmen. Das allein spart uns eine Milliarde Euro. Darüber hinaus sind die kommunalen Einnahmeausfälle infolge des sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ zu kompensieren. Außerdem wollen wir einen Kommunalschirm über die kommenden zwei Jahre. In diesem Zeitraum gilt es, die krisenbedingten Lasten bei den Sozialausgaben der Kommunen auszugleichen. Wir setzen uns deshalb für eine an den tatsächlichen Kosten der Kommunen ansetzende Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ein.

Diese Maßnahmen sind notwendig, denn die Lage in den Kommunen ist dramatisch. Viele Städte und Gemeinden sind aufgrund der Wirtschaftskrise bereits völlig überfordert. Die Kosten für die Klientelpolitik der Bundesregierung, die Steuersenkungen für Hoteliers und Erben großer Vermögen, werden sie in den Ruin treiben. Kindertagesstätten, Theater, Schwimmbäder – alles steht auf der Streichliste. In manchen Kommunen wird nachts sogar schon an der Straßenbeleuchtung gespart.

Der Opportunist Rüttgers hat inzwischen gemerkt, dass ihm der Wind ins Gesicht bläst und die Menschen der Koalition diese Politik übel nehmen. Dabei hat seine Landesregierung allein den Kommunen mehrere hundert Millionen entzogen. Der Koalitionsvertrag im Bund wurde von ihm mitverhandelt, er hat in Vorstand und Präsidium der CDU zugestimmt. Nun stellt sich Rüttgers hin und fordert erst die Rücknahme der Geschenke an die Hoteliers und kündigt dann sein Veto gegen die von ihm beschlossene Steuerreform im Bundesrat an. Das ist eine doppelte Rolle Rüttgers. Wir müssen das tagtäglich in Erinnerung rufen und unsere Vorschläge für eine bessere Politik dagegensetzen.

Union und FDP sind in NRW und im Bund im steilen Sinkflug. Die Zahl der Konflikte nimmt täglich zu. Die Verantwortungslosigkeit der geplanten Steuersenkungsorgien, die Entsolidarisierung im Gesundheitssystem, die Klientelpolitik und die Abkehr vom Atomausstieg – all das müssen wir weiter scharf kritisieren. Dann ist der Denkkzettel für Schwarz-Gelb am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen fällig.

Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt Klarheit bei der Bemessung der Regelsätze für die Grundsicherung und die Sozialhilfe geschaffen hat. Die SPD wird dafür streiten, dass alle Kinder in diesem Land gleiche Chancen bekommen. Deshalb haben wir bereits vor der Bundestagswahl eigenständige Regelsätze für Kinder gefordert. Aber das reicht nicht aus, wir brauchen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master, mehr Ganztagschulen und ein kostenfreies Mittagessen. Das beste Mittel gegen Kinderarmut ist und bleibt, dass die Eltern mit ihrer Arbeit ihre Existenz und die ihrer Kinder sichern können. Darum braucht Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler die Dumpinglöhne der Arbeitgeber aufstocken. Schwarz-Gelb ist auf diesem Ohr taub. Das zeigt, dass es auf uns Sozialdemokraten ankommt. Hier werden wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften weiter Druck machen.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier** MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion